

A2 1. Für Natur, Klima und lebendige Regionen.

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.03.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2026

Text

1 Die Natur in Sachsen-Anhalt ist geprägt von ökologischer Vielfalt. Drei UNESCO-
2 Biosphärenreservate, sechs Naturparke und zahlreiche Naturlandschaften von der
3 Altmark bis zum Harz sind nicht nur touristische Attraktionen, sondern wichtige
4 Bestandteile eines nachhaltigen und artenreichen Ökosystems. Angesichts der
5 wachsenden wirtschaftlichen und gesundheitlichen Risiken durch
6 Extremwetterereignisse, den Verlust von Ökosystemen und den dramatischen
7 Rückgang der Artenvielfalt dürfen Natur- und Klimaschutz nicht weiter
8 vernachlässigt, sondern müssen erheblich verstärkt werden. Investitionen in
9 intakte Ökosysteme, den natürlichen Klimaschutz und erneuerbare Energien sind
10 Investitionen in die Sicherheit und Zukunft unseres Landes. Sie stärken unsere
11 wirtschaftliche Basis und schützen sie vor den zunehmend spürbaren Folgen der
12 Klimakrise. Nur so können wir unser schönes Sachsen-Anhalt auch für die Zukunft
13 lebenswert bewahren.

14 1.1 Natur- und Artenschutz gibt es nur mit uns!

15 Frische Luft, saubere Gewässer und intakte Böden sind die Grundlage für ein
16 gutes Leben. Es ist die politische Kernaufgabe unserer Zeit, unsere
17 existenziellen Lebensgrundlagen zu schützen.
18 Doch vor unserer Haustür sterben Wälder, Moore trocknen aus, Flüsse verlanden
19 und Lebensräume verschwinden. Die schnell voranschreitende Klimakrise und
20 Umweltverschmutzungen führen zu einem vermehrten Verlust an Artenvielfalt, was
21 die immer weiter voranschreitende Schwächung unserer Ökosysteme zur Folge hat.
22 Die Klimakrise erhöht das Risiko von Extremwetterereignissen, gefährdet unsere
23 Ernährungssicherheit und Gesundheit – ganz konkret für uns hier in Sachsen-
24 Anhalt.

25 Auch das Artensterben schreitet weiter voran. Wenn die Natur zerstört wird,
26 gerät auch unsere Lebensgrundlage ins Wanken. Besonders besorgniserregend ist
27 dabei, dass die Anzahl der Insekten und Vögel drastisch zurückgegangen ist.
28 Schätzungen zufolge ist allein bei der Biomasse von Insekten ein Rückgang von 70
29 % zu verzeichnen, was nicht nur die Nahrungsgrundlage für Vögel, sondern auch
30 die Biodiversität gefährdet.

31 Der Handlungsdruck zum Schutz unserer Lebensgrundlagen ist groß. Unser
32 politischer Kern als Bündnisgrüne ist es, unsere Lebensgrundlagen zu schützen
33 und ein sicheres Sachsen-Anhalt auch für künftige Generationen zu schaffen.

34 Natur- und Artenschutz: Biologische Vielfalt bewahren

35 Wir setzen uns beherzt für einen wirksamen Natur- und Artenschutz ein, um die
36 biologische Vielfalt dauerhaft zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen
37 zu bewahren. Naturschutz ist für uns auch Standortpolitik, denn gesunde
38 Ökosysteme sind die Basis für eine nachhaltige regionale Entwicklung. Projekte
39 im Naturschutz stärken nicht nur regionale Wertschöpfung, sondern fördern auch

40 Tourismus, Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Identifikation der
41 Menschen mit ihrer Heimat. Wer in gesunde, intakte Ökosysteme investiert,
42 sichert damit die Basis für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

43 Die Schaffung naturnaher Lebensräume ist für eine gesunde Zukunft essenziell. Um
44 sie zu erhalten, setzen wir uns für eine schnelle Umsetzung der EU-
45 Wiederherstellungsverordnung ein, die dafür sorgt, dass geschädigte Ökosysteme
46 zügig wiederhergestellt und in einen naturnahen Zustand versetzt werden.
47 Bürokratische Prozesse können auch bei solchen Maßnahmen wertvolle Zeit in
48 Anspruch nehmen und die zügige Umsetzung behindern.

49 Wir werden zudem das Verbandsklagerecht der anerkannten Umweltverbände
50 sicherstellen.

51 Um Natur und Artenvielfalt zu schützen, setzen wir uns für eine verbindliche
52 Naturschutzstrategie mit einem Aktionsplan ein, der vom Land getragen wird.
53 Zudem soll das NATURA-2000-Sofortprogramm zum Schutz und Erhalt seltener und
54 gefährdeter Lebensräume gefördert werden, inklusive der Erarbeitung aller
55 erforderlichen Managementpläne. Um die biologische Vielfalt in Sachsen-Anhalt
56 konsequent zu schützen, werden wir alle Flächen des Nationalen Naturerbes (NNE)
57 als Naturschutzgebiete ausweisen.

58 Wir möchten uns zudem dafür stark machen, ökologisch besonders relevante Arten
59 wie Biber, Wildkatze oder das Zwerg-Zypergras unter besonderen Schutz zu
60 stellen. Auch der Schutz von Vögeln wie dem Weißstorch, Rotmilan und Eisvogel
61 nach der Vogelschutzrichtlinie liegt uns dabei am Herzen. Einrichtungen und
62 Initiativen, die sich für deren Erhalt einsetzen, möchten wir dabei gezielt
63 fördern.

64 Großschutzräume absichern – Naturgebiete erhalten

65 Biosphärenreservate sichern Natur- und Kulturlandschaften, die einen hohen
66 Naturschutzwert haben. Sachsen-Anhalt hat mit dem nach Niedersachsen
67 übergreifenden Biosphärenreservat Drömling, dem Biosphärenreservat Mittelelbe
68 und dem Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz im östlichen Südharzrand drei
69 wertvolle und schützenswerte Lebensräume. Das Biosphärenreservat Karstlandschaft
70 Südharz beherbergt eine der bedeutendsten Gipskarstlandschaften in Europa, die
71 es besonders zu schützen gilt. Um aus dem Naturgipsabbau auszusteigen und die
72 vielfältige Naturlandschaft aus Gipskarst zu schützen, fordern wir ein
73 länderübergreifendes Biosphärenreservat. Zudem plädieren wir dafür, dass die
74 Zuständigkeit des Nationalparks Harz wieder in die Zuständigkeit des für Umwelt
75 und Naturschutz zuständigen Ministeriums fällt. Damit einhergehend streben wir
76 eine solide Grundfinanzierung und personelle Stärkung für unsere sechs
77 Naturparke und die Biosphärenreservate an, damit auch künftige Generationen die
78 vielfältige Natur erleben können.

79 Das nationale Naturmonument „Grünes Band Sachsen-Anhalt“ ist Teil des ehemaligen
80 innerdeutschen Grenzstreifens in Sachsen-Anhalt und wird heute als wertvolles
81 Naturschutzgebiet erhalten und geschützt. Wir wollen dieses Naturmonument
82 langfristig und auskömmlich finanzieren, unter anderem mit der Errichtung eines
83 Besucherzentrums. Ziel ist, das Grüne Band weiterzuentwickeln, um sowohl
84 Naturschutz und Erinnerungskultur als auch sanften Tourismus zu vereinen.

85 Mit dem Aufbau von mindestens einem Landschaftspflegehof pro Landkreis zur
86 Biotopentwicklung möchten wir sicherstellen, dass Naturschutzmaßnahmen vor Ort

87 organisiert und umgesetzt werden können. So können nicht nur Lebensräume
88 gepflegt und entwickelt werden, sondern auch regionale Wertschöpfung sowie die
89 Zusammenarbeit zwischen Landwirt*innen, Kommunen und Naturschutz gefördert
90 werden.

91 Artenvielfalt schützen

92 Zur Sicherung der Artenvielfalt, die lebenswichtige Ökosystemleistungen wie
93 Bestäubung, Klimaregulierung und Wasseraufbereitung sichert, fordern wir die
94 konsequente Umsetzung der Biodiversitätsstrategie. Sie soll konkrete Maßnahmen
95 zum Schutz und zur Förderung von biologischer Vielfalt verbindlich umsetzen.
96 Zudem setzen wir uns dafür ein, die Rote-Liste-Kartierungen zu reaktivieren, um
97 den Gefährdungstatus von Tier-, Pflanzen- und Pilzarten zu erfassen und
98 erforderliche Schutzmaßnahmen einzuleiten.

99 Die Vernetzung von Lebensräumen stellt den genetischen Austausch von Tier- und
100 Pflanzenarten sicher und damit ihr Überleben in unserer Naturlandschaft. Aus
101 diesem Grund streben wir die Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete an, um ein
102 umfassendes Biotopverbundsystem zu fördern, insbesondere in überregional
103 bedeutsamen Bergbaufolgelandschaften.

104 Die Wiedervernässung von Flächen sowie die Entnahme von Feuchtflächen oder
105 Senken auf Ackerland aus der Bewirtschaftung sind zudem wichtig, um bedrohte
106 Lebensräume von Vögeln zu erhalten.

107 Mit der Entwicklung eines Moorschutzprogrammes sowie eines Förderprogramms für
108 Auen und Magerrasen können wertvolle Lebensräume erhalten und wiederhergestellt
109 werden, um die Artenvielfalt zu fördern und wichtige ökologische Funktionen wie
110 Wasserspeicherung zu stärken.

111 Ehrenamt und Bildung für Naturschutz

112 Engagierte Bürger*innen sind für den Erhalt einer nachhaltigen Gesellschaft
113 nicht wegzudenken. Um das Ehrenamt im Umweltschutz zu stärken, streben wir
114 deshalb eine gezielte Ehrenamtsförderung und Stärkung der Naturschutzverbände
115 an. Durch den Abbau bürokratischer Hürden auch in diesem Bereich können mehr
116 Zeit und Ressourcen für konkrete Naturschutzprojekte aufgewendet werden.

117 Um aktuelles Wissen zu Naturschutz, Artenvielfalt und Landschaftspflege zu
118 vermitteln und Fachkräfte im Naturschutz gezielt aus- und weiterzubilden, soll
119 eine Naturschutzakademie aufgebaut werden. So wollen wir die Qualität und
120 Wirksamkeit von Naturschutzmaßnahmen langfristig verbessern. Auch möchten wir
121 vorhandene und neue Studiengänge im Bereich Ökologie, Naturschutz und
122 Artenkenntnis unterstützen und ausbauen, um qualifizierten Nachwuchs zu sichern
123 und Forschung und Praxis im Umweltbereich zu stärken. So soll dem
124 Fachkräftemangel im Bereich Naturschutz langfristig entgegengewirkt werden.
125 Um Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene für Natur- und Klimaschutz zu
126 sensibilisieren, möchten wir uns für eine landesweite Sicherung und ausreichende
127 Finanzierung von Umweltbildungsstationen einsetzen.

128 Förderung für Projektarbeit

129 Wir wollen eine Weiterführung und den Ausbau der Sofortförderung in Naturschutz,
130 Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung erreichen. Diese
131 ermöglicht kurzfristig finanzielle Unterstützung für Projekte und sensibilisiert

132 Menschen für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen. Die Sicherstellung der Landes-
133 Kofinanzierung für von der Europäischen Union und vom Bund finanzierte
134 Naturschutzprogramme gewährleistet, dass diese Projekte vollständig umgesetzt
135 werden können, Fördermittel gesichert sind und Naturschutzmaßnahmen in Sachsen-
136 Anhalt zuverlässig unterstützt werden.

137 Gesunde Böden als Fundament der Zukunft

138 Gesunde Böden sind lebenswichtig als Lebensraum, Nahrungsquelle und
139 Klimaschützer – und zunehmend Objekt von Versiegelung, Spekulation und
140 Verdrängung. Unsere Böden ermöglichen den Anbau hochwertiger Lebensmittel, sie
141 ernähren uns, speichern Wasser, filtern Schadstoffe, binden große Mengen an
142 Kohlenstoff und sind Lebensraum für Milliarden von Organismen. In einem
143 regenarmen Bundesland wie Sachsen-Anhalt sind Bodenfruchtbarkeit und
144 Wasserverfügbarkeit zudem zentrale Zukunftsfragen.

145 Der Schutz der Böden als zentrale Lebensressource ist essenziell, um die
146 Grundlagen für die Nahrungsmittelproduktion zu erhalten. Besonderes Augenmerk
147 gilt dabei unseren fruchtbaren Schwarzerden. Wir fordern die Vermeidung von
148 Versiegelung, um den Erhalt dieser wertvollen Böden sicherzustellen.

149 Indem wir großflächige Bodenversiegelung und industrielle Anlagen in
150 landwirtschaftlich wertvollen Regionen begrenzen, können wir den Verlust von
151 Agrarland und die damit verbundene Verringerung der Anbaufläche verhindern. Wir
152 priorisieren außerdem die Einführung eines neuen Bodenrechts sowie die Schaffung
153 transparenter Betriebsstrukturen, um die nachhaltige Nutzung unserer
154 Agrarflächen langfristig sicherzustellen.

155 Der massive Flächenverbrauch birgt erhebliche negative Folgen für Mensch und
156 Umwelt. Deshalb haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, den Flächenverbrauch und
157 die Flächenversiegelung zu verringern. Durch das „Netto-Null-Hektar“-Ziel soll
158 sichergestellt werden, dass bis 2050 die Nutzung von Flächen so weit reduziert
159 wird, dass durchschnittlich null Hektar neue Siedlungs- und Verkehrsflächen
160 ausgewiesen werden. Durch Renaturierung und Entsiegeln sollen neu versiegelte
161 Flächen ausgeglichen werden, um natürliche Lebensräume zu erhalten und die
162 Bodenfruchtbarkeit zu sichern. Weiterhin fordern wir die Entsiegelung nicht
163 genutzter Asphaltflächen und die Einführung eines Entsiegelungskatasters zur
164 Erfassung versiegelter Flächen. So sollen geeignete Orte für
165 Entsiegelungsmaßnahmen identifiziert und Böden für Wasseraufnahme und Begrünung
166 wieder nutzbar gemacht werden.

167 Wir streben konsequentes Flächenrecycling an, bei dem Industrie-, Verkehrs- oder
168 Gewerbeflächen vorrangig für neue Nutzungen verwendet werden. Ein landesweiter
169 Bodenschutzplan soll zudem dafür sorgen, dass Böden als endliche Ressource
170 erhalten bleiben. Um Risiken für Umwelt, Gewässer und die menschliche Gesundheit
171 zu reduzieren, sollen Schadstoffeinträge reduziert und die Altlastensanierung
172 vorangetrieben werden. So soll die Ausbreitung von Schadstoffen verhindert
173 werden.

174 Lichtverschmutzung und Lärmbelästigung reduzieren

175 Licht und Lärm sind unterschätzte, aber wachsende Umweltprobleme. Dauerhafte
176 Lärmbelastung mindert die Lebensqualität und beeinträchtigt nachweislich die
177 Gesundheit, etwa durch ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und
178 Schlafstörungen. Kommunikation und konzentriertes Arbeiten, aber auch

179 Entspannung und Erholung werden durch Lärm negativ beeinflusst, was das
180 psychische Wohlergehen stark beeinträchtigen kann. Auch die künstliche
181 Beleuchtung, die ein fester Bestandteil unserer Städte ist, kann negative Folgen
182 für die Umwelt haben. Übermäßiges künstliches Licht stört den natürlichen Tag-
183 Nacht-Rhythmus von Menschen, Tieren und Pflanzen. Besonders gefährdet sind
184 Insekten und Vögel, da vor allem die nachtaktiven Arten in ihrer Orientierung
185 gestört werden können.

186 Wir fordern mehr Lärmvorsorge und Lärmschutz, beispielsweise durch
187 Lärmschutzwände oder begrünte Barrieren in belasteten Gebieten. Lärmaktionspläne
188 sollen gesundheitsschädliche Belastungen systematisch erkennen und reduzieren.
189 Auch die Förderung kommunaler Dunkelstrategien streben wir an, mit dem Ziel,
190 nächtliche Beleuchtung auf das notwendige Maß zu beschränken und so Energie zu
191 sparen. Hierfür benötigt es zudem die Teilnahme des Landes an
192 Aufklärungskampagnen wie der „Earth Night“ oder die Entwicklung eigener
193 regionaler Initiativen.

194 Mit der Aufnahme der Lichtverschmutzung in das Naturschutzgesetz könnte der
195 Schutz natürlicher Lebensräume und nachtaktiver Tiere unterstützt und
196 nachhaltige Beleuchtungspraktiken unterstützt werden. Auch die Förderung
197 naturnaher und biodiversitätsfreundlicher Stadtgestaltung durch die Reduktion
198 unnötigen Lichts und Lärms sehen wir als wichtigen Schritt.

199 Als weiteres Ziel möchten wir die Anerkennung der Sternenparks in der Altmark
200 und im angrenzenden Wendland als länderübergreifendes Lichtschutzgebiet
201 voranbringen. Wir möchten so die natürlichen Bedingungen für die Beobachtung von
202 Sternen erhalten und gleichzeitig die lokale Tierwelt und Ökosysteme schützen.
203 Der Sternenpark würde dadurch nicht nur den Umweltschutz fördern, sondern auch
204 den Astronomietourismus in der Region.

205 1.2 Das Lebenselixier Wasser schützen

206 Wasser ist essentiell für Mensch, Tier und Natur. Als eine unverzichtbare, aber
207 zunehmend bedrohte Ressource muss sie geschützt werden, denn ohne Wasser gibt es
208 kein Leben. Übernutzung und Verschmutzung gefährden die Verfügbarkeit und
209 Qualität unseres Trinkwassers. Abwässer und Schadstoffe aus Teilen der Industrie
210 und Landwirtschaft belasten Flüsse, Seen und Grundwasser mit Schadstoffen wie
211 Mikroplastik, Chemikalien, Arzneimittelresten oder Pestiziden. Das gefährdet
212 nicht nur unsere Gesundheit, sondern bedroht wichtige, sensible Ökosysteme.

213 Die zunehmenden Dürreperioden infolge der Klimakrise stellen unsere
214 Wasserversorgung vor enorme Herausforderungen. Um einen wirksamen Anreiz für
215 einen sparsamen Umgang mit unserem kostbaren Gut zu setzen, fordern wir höhere
216 Wasserentnahmeentgelte für Wasser-Großverbraucher auf dem Niveau anderer
217 Bundesländer, wobei Landwirtschaft und Fischwirtschaft einen angemessenen Rabatt
218 erhalten sollen.

219 Wir setzen uns ein für die Förderung der Grundwasserneubildung sowie die
220 regelmäßige Überwachung des Trinkwassers. Durch Maßnahmen zur Verbesserung der
221 Wasserqualität möchten wir zudem sicherstellen, dass unsere
222 Trinkwasserressourcen auf lange Sicht gesichert sind und auch die Artenvielfalt
223 in unseren heimischen Gewässern geschützt wird.

224 Um die nachhaltige Nutzung von Gewässern zu gewährleisten und so unsere
225 wertvollen Ökosysteme zu schützen, ist die Reduzierung diffuser Einträge von
226 Bodenmaterial, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in die Einzugsgebiete der Flüsse
227 unabdingbar. Zusätzlich streben wir den forcierten Ausbau der vierten
228 Reinigungsstufe für Kläranlagen an, um unsere Gewässer vor schwer abbaubaren
229 Spurenstoffen wie Reinigungsmitteln, kosmetischen Produkten und
230 Medikamentenrückständen zu schützen. Die Gewässerqualität kann so erheblich
231 erhöht und eine bessere Wiederaufbereitung ermöglicht werden. Auch die
232 Reduzierung von Nähr- und Schadstoffeinträgen in Gewässern und der Schutz von
233 Wasserschutzgebieten vor Schadstoff- und Nitratbelastungen sichern sauberes
234 Trinkwasser und gesunde Ökosysteme. Weitere Belastungen sollen dadurch
235 verhindert werden, dass die Bewirtschaftung von Flächen in Wasserschutzgebieten
236 ausschließlich ökologisch erfolgen darf. Hierzu ist es insbesondere wichtig,
237 verstärkte Kontrollen der Einleitungen von Stoffen und Ahndung bei Verstößen
238 sowie langfristig ein Verbot von Schadstoffeinträgen zu etablieren.

239 Zum Erreichen eines guten ökologischen und chemischen Zustands unserer
240 Oberflächengewässer setzen wir auf die konsequente Umsetzung des
241 Wasserhaushaltsgesetzes. Das sorgt dafür, dass Wasser nicht über die Maßen
242 genutzt wird und so die Qualität für Mensch und Natur erhalten bleibt. Das
243 Erarbeiten einer umfassenden Gewässerbewirtschaftungsstrategie soll dieses Ziel
244 weiter festigen und nachhaltigen Schutz sowie Nutzung in Einklang bringen.

245 Renaturierung von Flüssen und Auen

246 Wir setzen uns für eine Restaurierung natürlicher Flusslandschaften zur
247 Auenrenaturierung und die Anbindung von Altarmen von Flüssen ein, um der
248 natürlichen Wasserführung mehr Raum zu geben, die ökologische Vielfalt zu
249 verbessern und Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Gleichzeitig kann
250 damit die Dämpfung von Hochwassern unterstützt werden. Wir werden uns für
251 weitere Fördermittel zur Renaturierung von Seen, Mooren und Fließgewässern sowie
252 die Entrohrung von Fließgewässern auch in urbanen Gebieten einsetzen.

253 Elbe

254 Die Elbe ist nicht nur eine wirtschaftlich relevante Bundeswasserstraße, sondern
255 ein zentraler Bestandteil des ökologischen Lebensraums, den es unbedingt zu
256 schützen gilt. An der Elbe ist nun seit über 100 Jahren eine verstärkte
257 Sohlerosion zu beobachten, die eine Absenkung des Flusswasserspiegels zur Folge
258 hat. Neben negativen Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit der Schifffahrt und
259 Häfen ist auch das flussnahe Grundwasser von der Erosion betroffen. Dies führt
260 zu erheblichen Beeinträchtigungen für das Ökosystem. Aus diesem Grund setzen wir
261 uns dafür ein, dass gezielte Maßnahmen zur Sohlstabilisierung vorgenommen und
262 Eingriffe wie Buhnen und Steinschüttungen rückgebaut werden, um die Mittel- und
263 untere Elbe zu schützen. Daneben lehnen wir sämtliche Ausbaupläne an der Elbe sowie weiterer
264 Staustufen in der Elbe entschieden ab, um die natürliche Flussschutzdynamik zu
265 erhalten und so die langfristige Stabilität und Artenvielfalt des Flusslaufs zu
266 garantieren. Das UNESCO-Biosphärenreservat Mittel- und untere Elbe wollen wir für naturnahen
267 Tourismus weiterentwickeln. Angebote wie Rad- und Wasserwandern sollen
268 Umweltschutz mit nachhaltiger Freizeitnutzung verbinden und die regionale
269 Wertschöpfung durch naturverträgliche Tourismusformen stärken.

270 Natürlichen Hochwasserschutz ausbauen

271 Hochwasser stellen eine große Gefahr dar, nicht nur für das menschliche Leben,
272 sondern auch für unsere Infrastruktur und Wirtschaft. Auch Sachsen-Anhalt kennt
273 erhebliche Überflutungen, die umfangreiche Umwelt- und Sachschäden zur Folge
274 hatten. Um solche verheerenden Auswirkungen künftig zu verhindern, braucht es
275 einen Mix aus robusten und natürlichen Hochwasserschutzmaßnahmen. Zusätzlich zur
276 Sanierung der verbleibenden 7 % nicht standsicheren Deiche sind naturnahe
277 Hochwasserschutzmaßnahmen notwendig, um unsere Region effektiv vor
278 Hochwasserschäden zu schützen.

279 Wir fordern, dass der natürliche Wasserrückhalt in der Fläche durch Maßnahmen
280 des naturnahen Hochwasserschutzes gefördert und gestärkt wird sowie natürliche
281 Gewässerstrukturen und wassernahe Biotope als Lebensraum für gefährdete Arten
282 und als Wasserspeicher erhalten werden. Wir setzen uns entschieden dafür ein,
283 die Bebauung in Überschwemmungsgebieten zu untersagen, um den Hochwasserschutz
284 zu stärken. Durch den Erhalt dieser natürlichen Rückhalteflächen wird das Risiko
285 von Hochwasserschäden für Menschen, Infrastruktur und Umwelt signifikant
286 verringert.

287 Wir plädieren für die verstärkte Förderung der Wiedervernässung von Mooren,
288 Waldgebieten und Nasswiesen, um den Wasserhaushalt zu stabilisieren und so
289 Hochwasserspitzen abzuschwächen sowie Trockenperioden auszugleichen. Dadurch
290 werden unsere Ökosysteme widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen von
291 Klimaschwankungen.

292 Zudem wollen wir den Wasserrückhalt in der Agrarlandschaft fördern,
293 beispielsweise durch angepasste Fruchtfolgen, bodenschonende Bewirtschaftung
294 oder das Anlegen von Hecken und kleinräumigen Retentionsbecken auf
295 landwirtschaftlichen Flächen.

296 **1.3 Gesunde Wälder und nachhaltige** 297 **Forstwirtschaft**

298 Stabile, klimaresiliente und artenreiche Wälder in Sachsen-Anhalt sind unser
299 Ziel – ökologisch wie wirtschaftlich nachhaltig. Unsere Wälder sind ein
300 wertvolles Gut, das es konsequent zu erhalten und zu schützen gilt.

301 Der Umbau zu klimastabilen, widerstandsfähigen Wäldern ist dabei unvermeidlich.
302 Deshalb definieren wir klare Ziele und Maßnahmen, um unsere Wälder langfristig
303 zu sichern und an die Folgen der Klimakrise anzupassen. So erhalten wir ihre
304 Funktion als Lebensraum, Klimaschützer und wirtschaftliche Grundlage zugleich.

305 Ein Baustein für zukunftsfähige Wälder ist die enge Zusammenarbeit der
306 Landesbehörden mit Flächeneigentümer*innen und Naturschutzorganisationen beim
307 Umbau von Wäldern in naturnahe, gesunde Mischbestände mit einheimischen,
308 standortgerechten Arten. Dies fördert die Widerstandsfähigkeit der Wälder und
309 ihre Anpassung an die Klimakrise, wobei die Naturverjüngung Priorität hat. Wir
310 setzen uns für konkrete Zielvorgaben beim Umbau von Wäldern ein und treten dafür
311 ein, Monokulturen konsequent zu reduzieren. Wälder leisten einen unverzichtbaren
312 Beitrag zum Klimaschutz und zur Wasserqualität. Durch eine angemessene Vergütung
313 von Leistungen wie CO₂-Bindung und Trinkwasserschutz soll die Pflege und
314 Erhaltung gesunder Wälder wirtschaftlich attraktiver gestaltet werden.

315 Wir möchten auch das Schwammwald-Konzept stärker in Sachsen-Anhalt etablieren.
316 Das Halten von Wasser im Wald, etwa durch Maßnahmen wie das Aufweiten, Aufstauen
317 oder Rückbauen von Entwässerungsgräben sowie das Verschließen von Drainagen,
318 stabilisiert den Wasserhaushalt und beugt Trockenheit vor.

319 Totholz erfüllt wichtige ökologische Funktionen für die Artenvielfalt und die
320 naturnahe Verjüngung. Anstatt die Beräumung von Totholz als primäre Maßnahme zur
321 Waldbrandprävention zu forcieren, sollten moderne Brandschutzkonzepte den Fokus
322 auf die Bekämpfung von Trockenstress und die Verbesserung des Wasserhaushalts
323 legen. Zur wirksamen Bekämpfung von Wald- und Flächenbränden braucht es zudem
324 vorbeugende Maßnahmen, etwa durch freie Streifen auf Äckern und in Wäldern.
325 Solche Strukturen sollen die Ausbreitung von Feuer kontrollieren und
326 Einsatzkräften ihre Arbeit erleichtern.

327 Für eine nachhaltige Forstwirtschaft braucht es klare strukturelle
328 Veränderungen. Deshalb wollen wir die Reviere im Landesforstbetrieb schrittweise
329 verkleinern, um eine intensivere und qualitätsorientierte Bewirtschaftung zu
330 ermöglichen. Zudem setzen wir auf die FSC-Zertifizierung, den Aufbau stabiler
331 Waldränder sowie die Einführung bodenschonender Bewirtschaftungsmethoden.

332 Ein professionelles Wildtiermanagement ist unerlässlich für gesunde Wälder.
333 Deshalb setzen wir auf den Schutz von Naturverjüngung und Neupflanzungen, um
334 Waldökosysteme zu stützen. Gleichzeitig können so Kosten, etwa für aufwendige
335 Schutzmaßnahmen wie Zäune, deutlich reduziert werden.

336 Wir fordern, dass für den landeseigenen Wald naturnahe Forstwirtschaft und
337 ökologische Standards eingeführt werden, die über gesetzliche
338 Mindestanforderungen hinausgehen und strengen ökologischen Kriterien folgen,
339 unter anderem durch den Verzicht auf Kahlschlag. Indem wir auf naturnahe,
340 klimaplastische und dauerwaldartige Bestände mit mehrschichtiger Struktur
341 setzen, sichern wir langfristig die Anpassungsfähigkeit an Umweltveränderungen.

342 Eine Informationskampagne des Landeszentrum Wald soll darauf abzielen, Kleinst-
343 und Kleinprivatwaldbesitzer für den Anschluss an Forstbetriebsgemeinschaften zu
344 gewinnen und den Umbau zu klimastabilen Wäldern zu verbessern.

345 Wir setzen uns für klare Kriterien zur Nutzung von Windkraft im Forst ein,
346 insbesondere für die Errichtung von Windenergieanlagen auf geschädigten
347 Waldflächen, also sogenannten Kalamitätsflächen. Ziel ist es, erneuerbare
348 Energie effizient auszubauen, ohne gesunde Wälder zu gefährden.

349 **1.4 Landwirtschaft in Einklang mit der Natur für** 350 **eine gesunde Ernährung**

351 Landwirtschaft ist für uns nicht nur ein Wirtschaftszweig, sondern ein zentraler
352 Teil unserer Lebensgrundlagen und unserer Kultur. Als Bündnisgrüne stehen wir
353 für eine Landwirtschaft, die Natur, Klima, Tiere und unsere Ernährung in
354 Einklang bringt. Ziel ist eine ökologische und resiliente Agrarstruktur, die
355 gesunde Nahrungsmittel erzeugt, die biologische Vielfalt schützt und die
356 ländlichen Räume stärkt.

357 Die industrielle Landwirtschaft mit Monokulturen, Massentierhaltung und
358 großflächiger Bodenausbeutung stößt an ökologische Grenzen. Wir wollen den

359 Wandel schaffen hin zu einer klimaangepassten, vielfältigen und tiergerechten
360 Landwirtschaft, die regionale Wertschöpfung schafft und bäuerliche Betriebe
361 stärkt.

362 Agrarökologische Maßnahmen schaffen stabile Ökosysteme und machen die
363 Landwirtschaft widerstandsfähiger. Gute Bestäubungsleistungen, bessere
364 Wasserverfügbarkeit und fruchtbare Böden sind die Voraussetzung für eine
365 dauerhaft produktive Landwirtschaft. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist das
366 Herz einer lebendigen ländlichen Gesellschaft. Sie schafft Arbeit, Identität und
367 Versorgungssicherheit. Wir wollen den Dialog zwischen Landwirtschaft, Umwelt-
368 und Verbraucherschutz sowie Forschung und Gesellschaft stärken, damit Sachsen-
369 Anhalt Modellregion für klimaresiliente, ökologische und sozial gerechte
370 Landwirtschaft wird.

371 Ökologisierung der Landwirtschaft

372 Unsere langfristige Vision ist eine flächendeckend ökologische Bewirtschaftung
373 von Ackerflächen, Wiesen und Weiden. Die Tierhaltung muss artgerecht,
374 flächengebunden und an die natürlichen Ressourcen angepasst sein. Pestizide sind
375 wesentliche Treiber des Artensterbens: Herbizide, Insektizide und Fungizide
376 zerstören Lebensräume und entziehen vielen Arten die Nahrungsgrundlage.

377 Attraktive Prämien für Arten- und Umweltschutzmaßnahmen auf landwirtschaftlichen
378 Flächen müssen deutlich erhöht werden, insbesondere für Maßnahmen wie
379 Randstreifen und Blühstreifen. Mit der Einführung eines einfachen, transparenten
380 Belohnungssystems für ökologische Leistungen schaffen wir Anreize für
381 umweltfreundliche Praktiken und sorgen für den nötigen finanziellen Ausgleich.

382 Unser Ziel ist der langfristige Ausbau der Bio-Landwirtschaft, wozu insbesondere
383 die Verteilung von Fördermitteln stärker konzentriert werden muss. Mehr
384 Beratung, der Ausbau der regionalen Vermarktung und attraktive
385 Umstellungsprämien gehören ebenso dazu. Mehr Umweltschutz, gesündere Böden und
386 mehr Tierwohl sind nur einige der Ziele, die für die Bio-Landwirtschaft
387 sprechen.

388 Wir räumen der Förderung des ökologischen Landbaus hohe Priorität ein. Dies
389 umfasst eine gezielte Unterstützung der Ausbildung, qualifizierte Beratung sowie
390 den Ausbau landwirtschaftlicher Versuchsstationen, Forschung und Lehre an
391 Hochschulen. Dabei soll auch eine Weiterentwicklung in Richtung Permakultur und
392 Agroforst erfolgen. Durch die Förderung und den Ausbau von Agroforstsystemen
393 sowie die Pflege und Neuanpflanzung von Hecken wollen wir die ökologische
394 Widerstandsfähigkeit und Biodiversität erhöhen.

395 Den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit möchten wir durch die Förderung
396 humusaufbauender Praktiken sicherstellen. So sollen unsere Böden klimaresilient
397 und produktiv erhalten werden.

398 Wir fördern die Züchtung klimaresistenter, leistungsfähiger und
399 standortangepasster Sorten und Rassen.

400 Wir setzen uns ein für eine bessere finanzielle Förderung zur Diversifizierung
401 der angebauten Kulturpflanzen. Dies umfasst insbesondere den Anbau von
402 Hülsenfrüchtlern zur heimischen Eiweißgewinnung, blühende Flächen zur
403 Unterstützung von Bestäuberinsekten sowie ausdauernde, mehrjährige Kulturen.

404 Landwirt*innen unterstützen – landwirtschaftliche Flächen erhalten

405 Um nachhaltige und zukunftsfähige landwirtschaftliche Strukturen zu schaffen,
406 sind verlässliche wirtschaftliche Grundlagen mit auskömmlichen Erzeugerpreisen
407 unabdingbar, um für finanzielle Stabilität der Landwirt*innen zu sorgen. Deshalb
408 setzen wir uns für verlässliche wirtschaftliche Grundlagen in der Landwirtschaft
409 ein. Dazu gehören beispielsweise auskömmliche Erzeugerpreise und verlässliche
410 Förderungen für ökologische und gemeinwohlorientierte Leistungen. Wir setzen uns
411 für eine europäische Subventionspolitik ein, die dem Prinzip „öffentliche Gelder
412 für öffentliche Leistungen“ folgt. Durch sie wird gewährleistet, dass
413 finanzielle Mittel gezielt für gesellschaftlich geforderte und ökologisch
414 wertvolle Leistungen eingesetzt werden.

415 Wir setzen uns für die gezielte Förderung von Jungbäuer*innen und
416 Existenzgründer*innen ein, um den Zugang zur Agrarwirtschaft unabhängig vom
417 Alter zu erleichtern. Durch diese Unterstützung soll die Zukunftsfähigkeit der
418 Landwirtschaft aufrechterhalten werden. Wir wollen Betriebsübernahmen
419 erleichtern und so landwirtschaftliche Flächen langfristig erhalten.

420 Um die Zukunft der Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten, ist die Regulierung
421 von Anteilskäufen (Share Deals) an Unternehmen mit landwirtschaftlichen Flächen
422 notwendig, um den Ausverkauf von Agrarland an Großinvestoren zu verhindern. Die
423 gemeinwohlorientierte Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen im öffentlichen
424 Eigentum, einschließlich kommunaler Grundstücke, sichert den Zugang zu Land für
425 lokale Landwirt*innen und unterstützt die regionale Landwirtschaft. Durch ein
426 Agrarstrukturgesetz wollen wir erreichen, dass vielfältige, kleinstrukturierte
427 Betriebe gefördert werden und so dem Höfesterben entgegengewirkt wird.

428 Auch die Pflege unserer Kulturlandschaften muss stärker unterstützt werden. Dazu
429 gehört insbesondere die bessere Förderung für den Streuobstanbau, der für
430 zahlreiche Tier- und Pflanzenarten wertvolle Lebensräume bietet. Auch bei der
431 Umsetzung von Vorschriften braucht es einen neuen Ansatz: mehr Beratung und
432 Hilfestellung statt übermäßiger Bürokratie. Landwirt*innen sollen bei der
433 Umsetzung unterstützt und nicht durch unnötige Hürden belastet werden. In
434 gleichem Maße gehören häufigere Kontrollen und die konsequente Verhängung von
435 Ordnungs- bzw. Strafzahlungen bei Verstößen gegen geltende Vorschriften dazu

436 Faire Erzeuger*innenpreise für Milch müssen endlich gesichert werden. Ein
437 wichtiger Schritt dafür ist die Einführung von Artikel 148 der Gemeinsamen
438 Marktorganisation (GMO) in Deutschland. Dieser Artikel ermächtigt die
439 Mitgliedstaaten der EU, verbindliche Lieferverträge zwischen Milcherzeuger*innen
440 und Molkereien zu schließen und Milchbäuer*innen so eine stärkere
441 Verhandlungsposition zu ermöglichen.

442 Wir fordern eine verursachergerechte Besteuerung von Stickstoffdünger und die
443 gezielte Förderung alternativer Düngekonzepte. Damit sollen Umweltbelastungen
444 reduziert und nachhaltige Bewirtschaftungsformen gestärkt werden. Wir setzen uns
445 für einzelbetriebliche, transparente Stoffstrombilanzen für Stickstoff ein, um
446 eine umweltschonende Bewirtschaftung zu gewährleisten. Indem wir die Effizienz
447 der Düngemittelverwendung sichtbar machen, engagieren wir uns dafür, positive
448 Praktiken gezielt zu belohnen.

449 Durch das konsequente Verbot problematischer Stoffe wie PFAS, Glyphosat und
450 hormonaktiver Substanzen werden Schadstoffbelastungen in Böden, Gewässern und

451 Ökosystemen vermieden. So können gesundheitliche Risiken für Mensch und Tier
452 deutlich reduziert werden.

453 Durch den konsequenten Verzicht auf Hybridzucht ermöglichen wir eine nachhaltige
454 Anpassung an veränderte Umweltbedingungen. Wir lehnen Patente auf Lebewesen,
455 Pflanzen und Tiere konsequent ab. Der Verzicht auf eine solche Privatisierung
456 schützt die genetische Vielfalt als Teil des natürlichen Erbes der Menschheit.

457 Naturschutz und Landwirtschaft gehen Hand in Hand

458 Die Landwirtschaft prägt unsere Kulturlandschaft und versorgt uns mit
459 Lebensmitteln. Dabei ist klar, dass Landwirtschaft immer nur im Einklang mit der
460 Natur – nie aber gegen die Natur – gelingen kann. So sind etwa Felder nicht nur
461 Produktionsstätten, sondern auch Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Eine
462 naturschützende Landwirtschaft hat Zukunft – und nur ein Naturschutz, der
463 Landwirt*innen als Partner*innen versteht, kann erfolgreich sein.

464 Um Biodiversität und Umwelt zu fördern, ist mehr Raum für Arten- und
465 Naturschutzprogramme erforderlich, der durch enge Zusammenarbeit von
466 Landwirtschaft und Naturschutz erreicht werden kann. Die verstärkte Förderung
467 traditioneller Kulturlandschaften wie Streuobstwiesen, Heidelandschaften,
468 Magerrasen, artenreichem Dauergrünland, Hecken und Baumreihen trägt zur
469 Erhaltung und Wiederherstellung biodiversitätsreicher Lebensräume bei. Deswegen
470 engagieren wir uns insbesondere für die Förderung der Kulturlandschaftspflege
471 durch Beweidung, speziell mit Schafen und Ziegen. Um diese wichtige Form der
472 Landschaftspflege wirtschaftlich tragfähig zu machen, sind auskömmliche
473 Vermarktungsbedingungen für Wolle, Fleisch sowie Schaf- und Ziegenmilch
474 notwendig, wofür wir uns einsetzen werden.

475 Wir werden den schrittweisen Ausstieg aus chemisch-synthetischen
476 Pflanzenschutzmitteln bis 2035 vorantreiben, beginnend mit Herbiziden, um die
477 Umweltbelastung zu reduzieren und den Weg für eine nachhaltigere Landwirtschaft
478 zu ebnen. Beim Vollzug des Pflanzenschutzgesetzes möchten wir die Kontrollen
479 landwirtschaftlicher Betriebe deutlich ausweiten. Unser Ziel ist es, dass mehr
480 landwirtschaftliche Betriebe öfter kontrolliert werden. Mit besseren Kontrollen
481 wollen wir bei regelwidrigen Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln
482 sicherstellen, dass geltende Vorschriften konsequent eingehalten werden.

483 Eine bodenschonende Bewirtschaftung mit Humusaufbau ist entscheidend, um CO₂-
484 Emissionen zu reduzieren und die Senkenfunktion der Böden zu stärken, was zum
485 Klimaschutz beiträgt. Wir setzen uns für das Halten von Wasser in der
486 Landschaft, etwa durch Kleinspeicher, Feuchtgrünland, Heckenstrukturen und den
487 Rückbau überdimensionierter Meliorationssysteme, ein. Unser Ziel ist, die
488 Wasserverfügbarkeit so zu verbessern und die ökologische Resilienz zu fördern.
489 Hierfür möchten wir auch regionale Wasserkreisläufe stärken. Bewässerung sollte
490 außerdem nur dort zugelassen werden, wo sie ökologisch sinnvoll und unvermeidbar
491 ist, um Wasserressourcen nachhaltig zu nutzen.

492 Tierhaltung in der Landwirtschaft

493 Tiere haben ein Recht auf ein artgerechtes Leben. Wir setzen uns für
494 tiergerechte Haltungsformen ein, die sich an den natürlichen Bedürfnissen der
495 Tiere orientieren. Durch eine konsequente Bindung der Tierzahlen an die
496 vorhandene Fläche sichern wir ein ökologisch nachhaltiges System der
497 Tierhaltung.

498 Wir priorisieren die Anpassung der Haltungsanforderungen an aktuelle
499 wissenschaftliche Erkenntnisse zu artspezifischen Bedürfnissen, um das Tierwohl
500 durch evidenzbasierte Praktiken wie etwa einen 10-Punkte-Plan für Rinder,
501 Schweine und Geflügel konsequent zu verbessern. Gleichzeitig fordern wir ein
502 Ende der Subventionen für Betriebe, die nicht nach den Grundsätzen
503 tierwohlgerechter Haltung arbeiten und tierquälerische Praktiken wie
504 Anbindehaltung, Kastenstände oder Vollspaltenböden anwenden. Durch Subventionen
505 sollen Anreize für bessere Haltungsbedingungen geschaffen werden. Staatliche
506 oder kommunale Pachtflächen sollten vorrangig an tierwohlorientierte Betriebe
507 vergeben werden, um weitere Anreize für eine nachhaltige Tierhaltung zu
508 schaffen.

509 Die Förderung der Weidehaltung, insbesondere auf Dauergrünland, als zentrales
510 Element der Kulturlandschaftspflege priorisiert eine nachhaltige und
511 tiergerechte Landwirtschaft und setzt klare Anreize vor der Stallbauförderung.
512 Die Verringerung industrieller Tierhaltung durch Obergrenzen für Tierbestände
513 zielt darauf ab, Umweltbelastungen und Tierschutzprobleme zu reduzieren.

514 Wir setzen uns für die konsequente Förderung von Herdenschutzmaßnahmen ein, um
515 Konflikte zwischen der Weidetierhaltung und Wildtieren zu minimieren. Auf diese
516 Weise soll ein konfliktarmes Nebeneinander geschaffen werden, das sowohl den
517 Schutz der Nutztiere als auch den Erhalt der Artenvielfalt sichert. Um bei
518 vermuteten Wolfsrissen Weidetierhalter*innen vor finanziellen Risiken zu
519 schützen, möchten wir unbürokratische und großzügige Entschädigungen etablieren.

520 Wir setzen uns für die Stärkung und konsequente Unabhängigkeit der
521 Veterinärämter ein, um Tierschutzstandards effektiv zu vollziehen. Durch
522 angepasste, tierwohlorientierte Kontrollkriterien gewährleisten wir eine
523 transparente Überwachung, die eine artgerechte Haltung sicherstellt.

524 Um Tierschutzverstöße in kritischen Phasen konsequent zu verhindern, sollte eine
525 verpflichtende Videoüberwachung in Schlachthöfen vorgesehen werden. Gleichzeitig
526 möchten wir kleinere Schlachthöfe durch gezielte Beratungsangebote bei der
527 Umsetzung dieser Standards unterstützen. Wir machen uns dafür stark, das Leiden
528 der Tiere während der Schlachtung konsequent zu minimieren. Hierfür soll die
529 Erforschung verträglicher Betäubungsmethoden in Schlachthöfen vorangetrieben
530 werden.

531 Mit der Einführung eines Kupierverbots und der Raufutterpflicht in der
532 Schweinehaltung möchten wir den natürlichen Bedürfnissen der Tiere gerecht
533 werden. Zudem setzen wir uns für eine Züchtung ein, die die Tiergesundheit stets
534 über die Produktionsleistung stellt. Durch die gezielte Förderung von
535 Mehrnutzungsrasen bei Kühen und Hühnern verbessern wir die Widerstandsfähigkeit
536 und das Wohl der Tiere. Mit der Reduktion des Antibiotikaeinsatzes auf das
537 absolut notwendige Maß verringern wir die Entstehung von Resistenzen und sichern
538 langfristig die Gesundheit der Tiere. Die Abgabe von Antibiotika darf dabei
539 ausschließlich durch Tierärzt*innen erfolgen. Dies gilt auch für Nottötungen und
540 medizinische Eingriffe. Durch diese Regelung soll sichergestellt werden, dass
541 solche Maßnahmen fachgerecht durchgeführt werden. Verpflichtende
542 Tiergesundheitsbesuche durch bestandsbetreuende Tierärzt*innen sowie die
543 systematische Erfassung und Beseitigung von Schmerzursachen sichern das Tierwohl
544 in den Betrieben.

545 Wir setzen uns für eine Ausweitung des Kugelschusses auf dem Hof oder der Weide
546 ein, um Tieren unnötigen Stress und Transportwege zu ersparen. Schließlich
547 engagieren wir uns für eine konsequente Durchsetzung strenger
548 Tierschutzstandards bei Tiertransporten, um Belastungen für die Tiere weiterhin
549 zu minimieren.

550 Regionale Wertschöpfung und Direktvermarktung

551 Wir fördern die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, um die regionale
552 Vermarktung und faire Preise für Erzeuger sicherzustellen. Durch die gezielte
553 Unterstützung lokaler Produzenten verringern wir die Abhängigkeit von entfernten
554 Märkten und stärken die wirtschaftliche Resilienz der Region.

555 Schließlich wollen wir Hofläden, echte Regionalmärkte, Initiativen der
556 solidarischen Landwirtschaft oder für Biokisten als Mittel zur regionalen
557 Vermarktung und Wertschöpfung unterstützen. Gleichzeitig wird Verbraucher*innen
558 so der Zugang zu frischen, lokal produzierten Lebensmitteln erleichtert.

559 Ernährung und Verbraucher*innenschutz

560 Die primäre Aufgabe der Landwirtschaft ist es, hochwertige Lebensmittel für die
561 menschliche Ernährung zu produzieren. Stattdessen landen fast 60 % des erzeugten
562 Getreides im Schweinetrog und rund 20 % der Ackerflächen werden für den Anbau
563 von Mais für Biogas und Raps für Biodiesel genutzt. Zusätzlich geht etwa ein
564 Drittel der Lebensmittel auf dem Weg vom Acker bis zum Teller verloren. Eine
565 konsequente Fokussierung auf die menschliche Ernährung und Reduzierung von
566 Lebensmittelabfällen senkt den Produktivitätsdruck auf die Flächen erheblich und
567 stärkt ökologische und gesunde Ernährungssysteme.

568 Die stärkere Ausrichtung der Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen,
569 Kantinen und Mensen auf regionale, saisonale und gesunde Ernährung aus
570 biologischem Anbau mit veganen und vegetarischen Alternativen fördert nicht nur
571 die Gesundheit der Verbraucher*innen, sondern auch lokale Produzent*innen.

572 Wir möchten weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung
573 ergreifen und dadurch bewirken, dass Ressourcen effizienter genutzt werden und
574 die Umweltbelastung verringert wird. Eine landesweite Kampagne zu gesunder und
575 nachhaltiger Ernährung und zur Wertschätzung von Lebensmitteln kann die
576 Öffentlichkeit dafür sensibilisieren, verantwortungsvoll mit Nahrungsmitteln
577 umzugehen, und zu nachhaltigem Konsumverhalten anregen. Dabei sollte vor allem
578 im Schulunterricht eine stärkere Berücksichtigung von Ernährung, Landwirtschaft
579 und Umwelt erfolgen.

580 **1.5 Besserer Schutz für Tiere**

581 Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Es ist auch unsere Verantwortung, ihnen ein
582 gutes Leben zu ermöglichen. Der Schutz von Tieren ist untrennbar mit dem Schutz
583 von Umwelt, Klima und Gesundheit verbunden. Wir wollen, dass in der
584 landwirtschaftlichen Tierhaltung deutlich weniger Tiere deutlich besser gehalten
585 werden. Deshalb setzen wir uns für eine zeitnahe Novellierung und konsequente
586 Anwendung des Tierschutzrechts ein.

587 Tierversuche reduzieren

588 Wir plädieren für einen sofortigen Ausstieg aus allen nicht medizinisch zwingend
589 notwendigen Tierversuchen im Verantwortungsbereich des Landes. Um die
590 Entwicklung alternativer Methoden zu beschleunigen, setzen wir uns für die
591 Förderung tierversuchsfreier Forschung durch ein eigenes Landesförderprogramm
592 ein, das innovative und humane Ansätze unterstützt. Zudem sollen keine
593 Landesmittel an Forschungseinrichtungen vergeben werden, die invasive
594 Tierversuche durchführen, um Anreize für verantwortungsvolle Forschung zu
595 schaffen und einen nachhaltigen Wandel in Richtung tierversuchsfreier
596 Wissenschaft zu fördern.

597 Tierhaltung verantwortungsvoll gestalten

598 Wir setzen uns für die Einführung eines verpflichtenden Hundeführerscheins nach
599 dem Vorbild Niedersachsens ein, um die Sicherheit zu erhöhen und das
600 Verantwortungsbewusstsein der Halter*innen zu fördern. Zudem möchten wir
601 Unterstützungs- und Beratungsangebote für Kommunen und Landkreise bereitstellen,
602 um die Einführung von Katzenschutzverordnungen, beispielsweise zur
603 Kastrationspflicht für Freigängerkatzen, zu erleichtern.

604 Darüber hinaus streben wir eine verstärkte Beratung und Information zur
605 Eindämmung der massenhaften privaten Haltung von Tieren ("Animal Hoarding") an,
606 um die Gesundheit von Menschen und Tieren zu schützen. Auf nationaler Ebene
607 setzen wir uns für ein bundesweites Register für Tierhaltungs- und
608 Betreuungsverbote ein, um die Einhaltung solcher Vorschriften zu gewährleisten.
609 Wir fordern die Einführung einer Positivliste für die Privathaltung von Tieren,
610 um sicherzustellen, dass nur geeignete Arten in Privathaushalten gehalten
611 werden. Gefährliche Wildtiere sollen aus der Privathaltung ausgeschlossen
612 werden, wobei Ausnahmen nur mit einem Befähigungsnachweis möglich sind.

613 Wir setzen uns für die Stärkung der Veterinärämter ein, um die Kontrolle und
614 Durchsetzung des Verbots von Qualzuchten anhand der Leitlinien des
615 Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) zu
616 verbessern. Zudem fordern wir ein Verbot von Beiß- und Angriffstraining im
617 privaten Gebrauchshundesport, um die Sicherheit der Gesellschaft und das Wohl
618 der Tiere zu gewährleisten. Tiere mit Qualzuchtmerkmalen wollen wir von
619 Ausstellungen und Wettbewerben ausschließen, um auf die negativen Auswirkungen
620 solcher Praktiken aufmerksam zu machen und Anreize für verantwortungsvolle
621 Züchtungen zu schaffen.

622 Die Mindestanforderungen an Haltung, Platzangebot und Beschäftigung müssen
623 entsprechend den artspezifischen Bedürfnissen durchgesetzt werden, um das
624 Wohlbefinden der Tiere in privater Haltung zu sichern.

625 Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung von Tierheimen durch das Land
626 ein und fordern die Einrichtung eines Tierschutzfonds, da die derzeitige
627 Förderung häufig unzureichend ist. Tierheime leisten unverzichtbare Arbeit zum
628 Schutz von Tieren und zur Unterstützung von Gemeinden. Durch einen gesicherten
629 Fonds werden die Versorgung und Betreuung von Tieren verbessert und
630 ehrenamtliche Strukturen gestärkt.

631 Keine (Wild-)Tiere zu Unterhaltungszwecken

632 Wir setzen uns für wildtierfreie Zirkusse ein und streben an, in Sachsen-Anhalt
633 klare Regelungen zur Haltung und Zurschaustellung von Wildtieren zu schaffen, um
634 den Tierschutz zu stärken und ethische Standards in der Unterhaltung zu fördern.

635 Des Weiteren fordern wir, tierbasierte Attraktionen auf Jahrmärkten oder
636 ähnlichen Veranstaltungen zu verbieten, um das Wohlergehen der Tiere zu
637 schützen. Wir möchten tierfreundliche Alternativangebote fördern, die auf
638 Unterhaltung ohne Tierleid basieren.

639 Zoos müssen verpflichtet werden, artgerechte und überprüfbare Standards zu
640 erfüllen, um das Wohl der Tiere sicherzustellen und deren Lebensqualität zu
641 verbessern.

642 Regulierungen für eine natur- und tierschutzkonforme Jagd

643 Wir fordern eine Verlängerung der Schonzeiten und eine Verkürzung der
644 Jagdzeiten, um Wildtieren mehr Raum zur Reproduktion und Erholung zu geben und
645 so ihr Wohlbefinden sowie die Artenvielfalt zu fördern. Des Weiteren setzen wir
646 uns für ein Verbot tierschutzwidriger Jagd- und Trainingsmethoden ein, darunter
647 den Einsatz von Fallen im Wald, die Nutzung von Schießanlagen sowie die
648 Abrichtung von Hunden an lebenden Tieren. Zusätzlich streben wir die Einrichtung
649 jagdfreier Gebiete an, insbesondere in Natur- und Wildschutzgebieten, um diesen
650 sensiblen Ökosystemen die Erholung zu ermöglichen.

651 Schließlich fordern wir ein Abschussverbot für Hunde und Katzen, um den Schutz
652 von Haustieren zu gewährleisten und Missverständnisse sowie Konflikte im
653 Jagdbereich zu vermeiden.

654 1.6 Konsequenter Klimaschutz für Sachsen-Anhalt

655 Klimaschutz ist Menschenschutz! Eine sozial gerechte Klimapolitik entscheidet
656 darüber, wie wir heute und morgen leben. Wir Bündnisgrüne in Sachsen-Anhalt
657 setzen uns dafür ein, dass unser Bundesland seinen Beitrag zur nationalen,
658 europäischen und internationalen Verantwortung im Klimaschutz leistet. Für ein
659 klimaneutrales Sachsen-Anhalt bis 2040 braucht es ein ambitioniertes
660 Klimaschutzgesetz mit klaren Minderungszielen sowie ein umfassendes
661 Klimaanpassungskonzept, um die Folgen der menschengemachten Klimakrise wirksam
662 abzumildern. Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen müssen gezielt auf
663 kommunaler Ebene gefördert werden, denn auch dort werden sie konkret umgesetzt.

664 Wir werden uns für ein verbindliches und kontrollierbares Klimaschutzgesetz mit
665 ambitionierten Minderungszielen starkmachen, um klare rechtliche
666 Rahmenbedingungen zu schaffen, die als Grundlage für effektives Handeln gegen
667 die Klimakrise dienen. Sachsen-Anhalt braucht eine ehrgeizige
668 Klimaschutzstrategie, die den handelnden Akteuren in Zivilgesellschaft,
669 Forschung und Wirtschaft einen verlässlichen Handlungsrahmen in der Umsetzung
670 bietet. Nur so kann Sachsen-Anhalt die Potenziale der stark wachsenden Green
671 Economy ausschöpfen und dadurch einen bedeutenden Beitrag zur nationalen
672 Treibhausgasneutralität leisten und das Land zukunftsfähig aufstellen.

673 Um unsere Verantwortung für kommende Generationen rechtlich stärker zu
674 verankern, fordern wir die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in Artikel
675 35 der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt.

676 Den Erhalt, die Wiederherstellung und Stärkung der natürlichen Senken wie Wälder
677 und Moore sehen wir als entscheidende Maßnahmen, um Kohlendioxid aus der
678 Atmosphäre zu binden und so Treibhausgase zu reduzieren.

679 Wir werden uns auf Bundesebene für die Einführung eines Klimageldes einsetzen.
680 Damit sollen die Erträge der CO₂-Steuer direkt an die Bürger*innen
681 zurückfließen, was insbesondere denjenigen zugutekommt, die wenig zu den CO₂-
682 Emissionen beitragen.

683 Wir wollen Landesliegenschaften mit einem nachhaltigen Energiemanagement
684 ausstatten.

685 Klimaanpassung und Bevölkerungsschutz

686 Die Folgen der Klimakrise führen unter anderem zu häufigeren
687 Extremwetterereignissen wie Dürren und Überschwemmungen. Diese Entwicklungen
688 erfordern entschlossenes Handeln auf mehreren Ebenen. Eine vorsorgeorientierte
689 Klimaanpassungsstrategie ist notwendig, um uns auf die Folgen der Klimakrise
690 vorzubereiten, insbesondere um vulnerable Gruppen vor den Auswirkungen einer
691 deutlich wärmeren Region zu schützen. Klimaanpassung beinhaltet Elemente des
692 Hochwasser-, Hitze- und Dürreschutzes. Dazu gehören kühlende und vernetzte
693 Grünflächen in Städten, flächendeckender Hitzeschutz, ein bewusster Umgang mit
694 Wasser, ein starker Katastrophenschutz sowie eine bessere Ausstattung der
695 Freiwilligen Feuerwehren.

696 **1.7 Wir bleiben Energiewendeland!**

697 Sachsen-Anhalt war, ist und bleibt Energiewendeland! Der Ausbau der erneuerbaren
698 Energien ist ein wichtiger Treiber des Strukturwandels, ein wirtschaftlicher
699 Standortvorteil und ein Jobmotor. Wir wollen Sachsen-Anhalt bis 2030 im
700 Strombereich 100 % erneuerbar aufstellen. Dafür werden wir den dezentralen
701 Ausbau der erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne, Biomasse, Wasser und Erdwärme
702 vorantreiben und dadurch Arbeitsplätze und Wertschöpfung generieren.

703 Energiewende als Schlüssel zu Unabhängigkeit und bezahlbaren Energiepreisen

704 Nicht zuletzt die Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und im Iran auf die
705 Energiepreise hierzulande haben gezeigt, dass der Ausbau der erneuerbaren
706 Energien auch eine Frage unserer nationalen Souveränität und Sicherheit ist. Die
707 Transformation unserer Wirtschaft Richtung Klimaneutralität macht uns
708 widerstandsfähiger gegen globale Krisen und unabhängig von fossilen Autokratien.
709 Folglich müssen der Bund und das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam die Energiewende
710 umso energischer vorantreiben.

711 Eines der Hauptziele grüner Energiepolitik sind bezahlbare Energiepreise für
712 Bürger*innen und Wirtschaft. Die Strompreise wollen wir senken durch eine
713 Verringerung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum, eine
714 Strompreiszonenaufteilung Deutschland sowie regionale Netzentgelte, sogenannte
715 modale Preise.

716 Akzeptanz- und Beteiligung – Energiewende in Bürger*innenhand

717 Wir setzen uns für die Stärkung von Bürger*innenenergiegenossenschaften ein.
718 Dazu sollen die Beratungsinfrastruktur der Landesenergieagentur erhalten,
719 zinslose Darlehen zur Verfügung gestellt und Risikokapital bereitgestellt
720 werden.

721 Wir fordern die Stärkung der Kommunen durch die Einrichtung von Beratungs- und
722 Servicestellen sowie eine landesweite Beratungsstruktur, die Musterverträge,
723 Schulungen und Rechtsberatung bietet. Dies würde es den Kommunen erleichtern,
724 innovative Projekte umzusetzen und ihre Verwaltungskapazitäten zu erweitern.

725 Zudem setzen wir uns für die Weiterentwicklung des Akzeptanz- und
726 Beteiligungsgesetzes ein, um dessen Erfolg zu sichern und rechtliche Hürden bei
727 Bedarf zu entfernen. Durch kontinuierliche Verbesserungen des Gesetzes wollen
728 wir sicherstellen, dass es seinen Zweck erfüllt und die Beteiligung der
729 Bürger*innen vor Ort gestärkt wird.

730 Wir möchten die Hemmnisse auf Bundes- und Landesebene zur Eigenstromnutzung
731 konsequent abbauen, um den Übergang zu erneuerbaren Energien zu erleichtern. Wir
732 fördern Balkonkraftwerke als eine Erfolgsgeschichte der Energiewende, um den
733 Ausbau weiter zu beschleunigen und Barrieren beim Anschluss abzubauen. Auf diese
734 Weise können auch Menschen mit kleinem Geldbeutel Balkonkraftwerke errichten und
735 so ihre Stromkosten durch Eigenverbrauch senken. Außerdem wollen wir gezielte
736 Beratungsangebote für Mieterstromprojekte ausbauen.

737 Die Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt (LENA) ist als Beratungs- und
738 Vernetzungsakteur sowie als Think Tank für die Energiewende für uns
739 unverzichtbar. Wir möchten diese Institution stärken und weitere Kompetenzen im
740 Bereich Klimaschutz aufbauen.

741 Windenergie

742 Wir halten zudem konsequent am Flächenziel für den Ausbau erneuerbarer Energien
743 fest, um die Energiewende voranzutreiben. Dabei setzen wir auf die verbindliche
744 Ausweisung von Eignungsgebieten durch die Regionalplanung, bei der NATURA-2000-
745 Gebiete auszuschließen sind, um den Schutz wertvoller Naturräume
746 sicherzustellen.

747 Wir fordern, dass bestehende Hemmnisse für das Repowering, also die Erneuerung
748 bestehender Windkraftanlagen durch moderne Technik und Konstruktion, reduziert
749 werden, sodass Windkraftanlagen unkompliziert erneuert und ausgebaut werden
750 können. Dies ermöglicht eine effizientere Nutzung bestehender Standorte und
751 trägt zur Erhöhung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen bei.

752 Der Rückbau von Windkraftanlagen darf nicht zur Umweltfalle werden, weshalb wir
753 uns für hohe, einheitliche Standards einsetzen, um sicherzustellen, dass
754 Rückbauprozesse umweltgerecht und nachhaltig erfolgen.

755 Solarenergie

756 Wir setzen uns dafür ein, eine Pflicht zur Nutzung von Solarenergie auf
757 Neubauten und umfänglichen Sanierungen in Industrie, Gewerbe und Infrastruktur
758 anzuwenden, und wollen sie auch für Wohngebäude in der Landesbauordnung
759 verankern. So nutzen wir die vorhandenen, bereits versiegelten Flächen
760 konsequent für die Energiewende.

761 Wir streben an, den Bau großflächiger Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen
762 kontrolliert und naturverträglich zu steuern und mit hohen Standards zum Schutz
763 der Biodiversität zu untermauern. Unter anderem sprechen wir uns auf kommunaler
764 Ebene für die Entwicklung von Photovoltaik-Konzepten für Freiflächen sowie für

765 Beteiligungsmodelle aus, die Bürger*innen aktiv einbinden und lokale
766 Wertschöpfung fördern.

767 Für eine dezentrale Energiewende fordern wir den verstärkten Einsatz von
768 Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften von Kommunen, Land und Bund.
769 Entsprechende Eigenbetriebe müssen weiterhin geschult und befähigt werden.
770 Stadtwerke sollten möglichst in kommunaler Hand liegen, sich aktiv der
771 Energiewende verschreiben und eigene Anlagen bauen.

772 Geothermie und Wasserkraft

773 In Sachsen-Anhalt hat die Geothermie ein bisher unbekanntes Potenzial. Wir
774 wollen daher mehr Forschung und Investitionen für die Geothermie wie
775 Tiefengeothermie und Gewässerthermie ermöglichen. Auswirkungen auf die Umwelt
776 sollen entsprechend untersucht und abgewogen werden.

777 In Flusswärmepumpen sehen wir ebenfalls enormes Potenzial. Die durch
778 Flusswasserwärmepumpen aus Flüssen oder Gewässern entnommene thermische Energie
779 sorgt für eine ebenso nachhaltige wie effiziente Wärmeversorgung. Die
780 elektrische Energie aus Flusswasserkraftwerken, die durch das strömende
781 Flusswasser erzeugt wird, kann eine weitere Quelle für elektrische Energie sein.

782 Energie und Landwirtschaft

783 Wir unterstützen Landwirt*innen dabei, auch als Energiewirt*innen zu agieren,
784 indem wir dafür eintreten, dass die Landwirtschaft durch Verpachtungen und
785 Photovoltaikanlagen auf Stalldächern oder Lagerhallen Einnahmen erzielen kann.
786 Dafür fordern wir klare rechtliche Rahmenbedingungen und eine Reduzierung der
787 Bürokratie bei Genehmigungen. Agri-Photovoltaik (Agri-PV) sehen wir als eine
788 wichtige, unterstützenswerte Zukunftstechnologie, insbesondere auf weniger
789 ertragreichen Böden und bei Feldfrüchten, bei denen Verschattung vorteilhaft
790 ist.

791 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung von Biogasanlagen zu regelbaren
792 Grundlasten ein, um ihre Rolle in der Diversifizierung der Energieversorgung zu
793 stärken. Darüber hinaus sollen Maßnahmen ergriffen werden, um den Maisanteil in
794 Biogasanlagen zu reduzieren und stattdessen die Nutzung von Reststoffen und
795 faserigen Substraten wie Speiseabfällen und Strohresten zu vereinfachen.

796 Zur Förderung der Eigenständigkeit und Widerstandsfähigkeit wollen wir die
797 Souveränität und Resistenz von Dörfern und Quartieren stärken. Bioenergiedörfer,
798 Energiewendedörfer und Grüne Quartiere sind Leuchtturmprojekte, die wir vermehrt
799 unterstützen möchten, um nachhaltige Energielösungen voranzubringen und die
800 lokale Gemeinschaft zu stärken.

801 Netzausbau und Versorgungssicherheit

802 Um unsere Versorgungssicherheit mit Energie dauerhaft zu garantieren, müssen
803 technische und infrastrukturelle Veränderungen der Stromnetze geschaffen werden.
804 Wir setzen uns dafür ein, unsere Stromnetze auszubauen, zu sanieren und zu
805 optimieren, um auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und die weitere
806 Elektrifizierung der Wärme und Mobilität vorbereitet zu sein.

807 Die konsequente Weiterentwicklung der Energiewende hin zu einer dezentralen
808 Energieversorgung bewirkt, dass Regionen, Kommunen und Haushalte unabhängiger
809 von zentralen Strukturen werden und im Krisenfall stabiler versorgt werden

810 können. So können Ausfälle schneller abgefangen werden, die
811 Versorgungssicherheit steigt.

812 Zudem fordern wir den verstärkten Ausbau von Freileitungen unter
813 Berücksichtigung der Umweltgüter und plädieren dafür, den pauschalen Vorrang für
814 Erdkabel im Bundesgesetz aufzuheben, um die Planung und Umsetzung zu
815 beschleunigen.

816 Der flächendeckende Rollout von Smart Metern, die den Stromverbrauch in Echtzeit
817 erfassen und übermitteln, soll beschleunigt werden. Wir möchten damit
818 Transparenz über Energieverbräuche schaffen und Lastmanagement ermöglichen.
819 Zudem soll so die Integration erneuerbarer Energien erleichtert werden.

820 Da die Energiewende nur mit Speichern gelingt, wollen wir ein Förderprogramm
821 insbesondere für Großbatteriespeicher schaffen, bei dem wir eine Privilegierung
822 von netzdienlichen Speichern und eine klare Priorisierung von netzdienlichen vor
823 netzneutralen Großbatteriespeicheranlagen vorsehen. Dabei sollen Gemeinden durch
824 Förderprogramme und Beratung unterstützt werden, sodass sie selbst Großspeicher
825 bauen und betreiben können. Entscheidend ist dabei, ausreichend Flächen für
826 Speicheranlagen bereitzustellen, Netzanschlusspunkte zu sichern und schnelle,
827 verlässliche Verfahren durch die Netzbetreiber zu gewährleisten. Zugleich setzen
828 wir uns dafür ein, dass Kommunen finanziell stärker von Speicherprojekten
829 profitieren. Eine Umlage nach dem Vorbild eines Akzeptanz- und
830 Beteiligungsgesetzes, speziell für Speicheranlagen, sehen wir als sinnvollen
831 Ansatz.

832 Schließlich bekennen wir uns ausdrücklich zum Kraftwerksstandort Schkopau und
833 fordern, dass die Kraftwerksausschreibungen des Bundes den Neu- und Umbau
834 finanzieren. Schkopau ist als Kraftwerksstandort optimal für den Aufbau eines
835 H₂-ready-Gaskraftwerks geeignet. Hierfür setzen wir uns ein – auch um den für
836 2034 vorgesehenen Braunkohleausstieg in der Region voranzutreiben.

837 Wärmewende

838 Die Wärmewende ist ein Querschnittsthema zum Wohnen, weshalb energetische
839 Sanierungen, Mieterschutz und faire Heizkosten zusammengedacht werden müssen.
840 Der kommunalen Wärmeplanung kommt dabei eine zentrale Rolle für eine
841 erfolgreiche Wärmewende zu, wobei Investitionsmittel des Bundes gezielt nach
842 Sachsen-Anhalt geholt und für Infrastrukturprojekte vor Ort eingesetzt werden
843 sollten.

844 Wir setzen uns für den raschen Ausbau von Wärmepumpen mit sozial gerechter
845 Förderung ein. Dies wird dazu beitragen, die Energiekosten zu senken und den
846 Zugang zu nachhaltigen Heizlösungen zu erleichtern. Für den Einbau von
847 Wärmepumpen muss es praxisnahe und unkomplizierte Vorgaben geben, damit
848 Genehmigungen nicht zum Hemmschuh werden.

849 Sanierungen sollen künftig gezielt einkommensabhängig gefördert und die
850 Antragsverfahren vereinfacht werden. Haushalte ohne Rücklagen sollen durch
851 Landesbürgschaften besseren Zugang zu Finanzierungen erhalten, und
852 Leasingmodelle für Heiztechnik sollen ausgebaut werden, um moderne Lösungen ohne
853 hohe Anfangskosten zugänglich zu machen.

854 Großwärmepumpen nutzen Umwelt- und Abwärme, um CO₂-arme Fern- und Nahwärme zu
855 erzeugen. Da sie umweltfreundliches Heizen mit erneuerbaren Energien

856 ermöglichen, müssen sie ein zentraler Baustein der Wärmeversorgung werden. Wir
857 fordern ihre gezielte Förderung zur Versorgung von städtischen Quartieren, als
858 Ersatz für Gaskraftwerke in Fernwärmenetzen und als Energielösung für die
859 Ausweisung von neuen Baugebieten.

860 Biogas- und Biomasseanlagen leisten auf dem Land einen wichtigen Beitrag zur
861 Versorgung mit 100 % erneuerbaren Energien, wobei ihre Abwärme vollständig in
862 Nahwärmekonzepten genutzt werden sollte.

863 Energiewende und Naturschutz gelingen nur gemeinsam

864 Der Ausbau erneuerbarer Energien muss im Einklang mit Natur- und Artenschutz
865 vorgehen. Eine sorgfältige Planung und Genehmigung sind entscheidend, um
866 sowohl den Naturschutz zu gewährleisten als auch Akzeptanz und
867 Planungssicherheit zu fördern. Diese dürfen nicht einer Entbürokratisierung oder
868 einem kurzsichtigen Beschleunigungsdrang geopfert werden. Deshalb müssen die
869 Landesbehörden ausreichend Personal bereitstellen.

870 Photovoltaik-Anlagen sollten vorrangig auf bereits versiegelten Flächen und
871 Dächern installiert werden, wobei öffentlichen Gebäuden eine besondere
872 Vorbildfunktion zukommt. Für Freiflächen-Photovoltaikanlagen müssen konkrete
873 Maßnahmen für Strukturvielfalt wie Hecken, Rohbodenstellen, Totholzhaufen und
874 heimische Ruderalvegetation verpflichtend festgeschrieben werden. Diese Anlagen
875 sollten auf Sandflächen mit geringem Bodenwert (unter 35 Bodenpunkte) und
876 zwingend außerhalb von Naturschutzgebieten errichtet werden, um die
877 landwirtschaftlich wertvollen und ökologisch sensiblen Flächen zu schonen und
878 die Biodiversität zu fördern.

879 Wir stellen uns entschlossen gegen neue Vorhaben zur Förderung von Erdgas,
880 insbesondere mittels Fracking. Die Technik birgt erhebliche Risiken für Umwelt
881 und Gesundheit, einschließlich Grundwasserkontamination, hohem Wasserverbrauch,
882 einem erhöhten Erdbebenrisiko, Luftverschmutzung sowie einer negativen
883 Beeinträchtigung der Landschaft.

884 Zudem lehnen wir auch die Technologie des Carbon Capture and Storage (CCS) zur
885 Abscheidung, zum Transport oder zur unterirdischen Speicherung von CO₂
886 entschieden ab. Für technisch unvermeidliche CO₂-Restemissionen bei bestimmten
887 Produktionsprozessen der Industrie muss deren Nutzung (Carbon Capture and Usage,
888 CCU) im Vordergrund stehen.

889 Wasserstoff als Chance für Sachsen-Anhalt

890 Wasserstoff ist zentral für die Energiewende, weshalb die Gas- und
891 Wasserstoffinfrastruktur gemeinsam geplant werden muss, damit Wasserstoff dort
892 bereitgestellt wird, wo er benötigt wird. Wir setzen uns gezielt für den Ausbau
893 der Wasserstoffabnahme ein, indem wir Pilotprojekte unterstützen,
894 Abnahmegarantien bieten und regionale Wasserstoff-Cluster fördern. Flexible
895 Regelkraftwerke, die auf Wasserstoff umrüstbar sind, sollen gezielt gefördert
896 werden. Darüber hinaus fokussieren wir uns auf die Erzeugung von grünem
897 Wasserstoff und grünem Ammoniak in Sachsen-Anhalt, um sie vorrangig der
898 stofflichen Nutzung zuzuführen, während grüner Wasserstoff auch als
899 Energiespeicher dienen kann.

900 1.8 Für moderne, sichere und klimafreundliche 901 Mobilität in Stadt & Land

902 Menschen sollten die freie Wahl haben, auf welche Art sie im Alltag mobil sein
903 möchten. Unterschiedliche Personengruppen haben verschiedene Ansprüche und
904 Bedürfnisse in ihrem Mobilitätsverhalten; dementsprechend müssen auch die
905 Ansprüche an unser Verkehrssystem angepasst werden. Wir wollen klimaneutrale,
906 günstige und sichere Mobilität für alle Menschen ermöglichen. Unser Ziel ist es,
907 nachhaltigen Mobilitätslösungen den Weg zu bereiten.

908 Wir setzen uns für einen umfassenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein und
909 wollen Busse und Bahnen im ganzen Land attraktiver machen. Gleichzeitig wissen
910 wir, dass das Auto in ländlichen Räumen für viele Menschen weiterhin notwendig
911 sein wird. Deshalb wollen wir die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen
912 fördern und die Elektroladeinfrastruktur verbessern. Außerdem braucht es
913 lückenlose Radverkehrsnetze und -infrastruktur, einen barrierefreien und
914 kostengünstigen Nahverkehr und eine sichtbare Aufwertung des Fußverkehrs.
915 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Logistik und den Güterverkehr auf
916 nachhaltige Beine zu stellen.

917 Radverkehr

918 Wir sorgen dafür, dass Fahrradfahren attraktiv wird, denn mit dem Fahrrad können
919 schnell und umweltschonend kurze und auch weite Wege zurückgelegt werden.

920 Wir setzen uns für den Ausbau und die Verbesserung von Radwegen ein, indem wir
921 geschützte Fahrradspuren schaffen, einheitliche Standards einführen und die
922 Einfahrt in Einbahnstraßen für den Radverkehr weitgehend ermöglichen. Fahrräder
923 sollen in allen geeigneten öffentlichen Nahverkehrsmitteln kostenfrei
924 mitgenommen werden dürfen, um die Kombination von Rad- und öffentlichem Verkehr
925 zu fördern. Wir fordern zudem, die Mittel für den Radwegebau auf mindestens 15
926 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen und sicherzustellen, dass diese Mittel
927 effektiv eingesetzt werden.

928 Um den Radverkehr im ganzen Bundesland relevant voranzubringen, fordern wir die
929 zügige Umsetzung des Landesradverkehrsplan Sachsen-Anhalt 2030 (LRVP).
930 Gleichzeitig soll die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt den Aufbau eines
931 Radschnellwegenetzes vorantreiben. Gerade im ländlichen Raum braucht es sichere
932 Radwege zwischen den Ortschaften. Deshalb sollen Radwege systematisch entlang
933 von Landes- und Kreisstraßen ergänzt werden. Bei Neubau und wesentlicher
934 Sanierung von Landesstraßen muss der Bau eines begleitenden Radwegs zum
935 Regelfall werden – sofern keine gleichwertige, sichere Verbindung vorhanden ist.

936 Um die Kommunen beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur zu unterstützen, setzen wir
937 auf Best-Practice-Beispiele und die Schaffung von Radverkehrsbeauftragten in
938 jedem Landkreis. Die Radwegförderung soll, analog zum Straßenbau, verbindlich
939 gesetzlich geregelt werden. Das Land Sachsen-Anhalt soll Baulastträger für
940 europa- und bundesbedeutsame Radrouten wie den Europaradweg R 1, den Elberadweg
941 und den Saale-Radwanderweg werden, um deren Planung, Instandsetzung,
942 Beschilderung und Bewerbung aus einer Hand zu gewährleisten und zu
943 beschleunigen.

944 Wir setzen uns dafür ein, flächendeckend sichere Fahrradabstellplätze zu bauen
945 und ein Förderprogramm für die Errichtung von Radstationen und

946 Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen ins Leben zu rufen, die sicheren, wetterfesten
947 und diebstahlsicheren Stauraum bieten. Ein Sofortprogramm für sichere
948 Fahrradabstellanlagen soll für Hochschulen, Schulen, Landesliegenschaften und
949 öffentliche Einrichtungen ausgerollt werden. Zudem wollen wir den Aufbau von
950 Fahrradverleihsystemen und Bike-Sharing-Systemen, auch mit Elektrofahrrädern und
951 Spezialfahrrädern wie Lastenrädern, forcieren und fördern.

952 Öffentlicher Personennahverkehr

953 Ein zuverlässiger, bezahlbarer und gut ausgebauter öffentlicher
954 Personennahverkehr (ÖPNV) ist das Rückgrat einer klimafreundlichen Mobilität.
955 Doch vielerorts fehlen Busverbindungen, die Takte sind zu dünn und nicht
956 aufeinander abgestimmt. Wir wollen den Nahverkehr ausbauen – mit dichterem
957 Taktung, besseren Anschlüssen und einem einfachen, solidarisch finanzierten
958 Tarifsystem, das Mobilität für alle möglich macht.

959 Wir fordern, dem Umweltverbund aus Bus-, Bahn-, Rad- und Fußverkehr sowie
960 Carsharing grundsätzlichen Vorrang zu geben, um eine nachhaltige Mobilität zu
961 fördern und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

962 Um den öffentlichen Verkehr moderner, leistungsfähiger und klimafreundlicher zu
963 gestalten, setzen wir uns für eine umfassende Infrastrukturoffensive im
964 Schienenpersonenverkehr ein. Mit der Elektrifizierung, weitgehender
965 Zweigleisigkeit, der Verlängerung von Bahnsteigen und der Erhöhung der
966 Streckengeschwindigkeiten wollen wir die Attraktivität und Effizienz des
967 Schienenverkehrs steigern. Als Leitbild orientieren wir uns am Modell des
968 integralen Taktfahrplans. Lange Wartezeiten sollen damit der Vergangenheit
969 angehören und Schnittstellen zwischen unterschiedlichen ÖPNV-Angeboten wie
970 Bahnhöfen und Busbahnhöfen aufgewertet werden.

971 Wir fordern eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets
972 als 29-Euro-Ticket durch Bund und Land. Zudem setzen wir uns für Job-
973 Deutschlandtickets für Landesbedienstete, einschließlich
974 Hochschulmitarbeitender, sowie ein kostenfreies Deutschlandticket für
975 Freiwilligendienstleistende und Auszubildende ein. Die Mitnahme von Kindern und
976 Jugendlichen soll im Deutschlandticket kostenlos ermöglicht werden. Jegliche
977 Preissteigerungen der Tickets sollen künftig nur noch rein inflationsbedingt
978 erfolgen.

979 Wir wollen, dass alle Grundzentren in Sachsen-Anhalt konsequent in das
980 Landesnetz des öffentlichen Personennahverkehrs integriert werden – soweit dies
981 noch nicht geschehen ist. Damit wird sichergestellt, dass wichtige Orte wie
982 Schulen, Ämter, Einkaufs- und Gesundheitszentren für alle Menschen erreichbar
983 sind. In städtischen Gebieten soll ein Mindestbedienstandard eingeführt werden.

984 Ein schneller und verlässlicher Fernverkehr ist ein Schlüssel für
985 klimafreundliche Mobilität zwischen Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa der
986 Zukunft. Besonders Sachsen-Anhalt als Transit- und Pendelland braucht endlich
987 bessere Anbindungen an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn, Nachtzugangebote
988 und attraktive Fernbusangebote. Wir fordern die Anbindung aller Oberzentren an
989 Fernverkehrsverbindungen, das heißt die regelmäßige Bedienung durch InterCity-
990 (IC) und InterCityExpress- (ICE) Züge sowie die Anbindung der Landeshauptstadt
991 Magdeburg an das ICE-Netz.

992 Der Busverkehr muss flächendeckend in Sachsen-Anhalt ausgebaut werden, um alle
993 Dörfer mindestens einmal pro Stunde zuverlässig zu erreichen. Gegebenenfalls
994 müssen On-Demand-Verkehre etabliert werden, beispielsweise um die Anbindung am
995 Abend oder am Wochenende zu ermöglichen. Dieser darf dabei keine zusätzlichen
996 Kosten für die Nutzer*innen verursachen und muss im Deutschlandticket integriert
997 sein. Die zentralen Omnibusbahnhöfe müssen modernisiert und attraktiver
998 gestaltet werden, und sie müssen nahtlos in das bestehende Bus-, Bahn- und
999 Radwegenetz integriert werden, um komfortable und durchgängige
1000 Reisemöglichkeiten zu bieten.

1001 Wir arbeiten auf die Bündelung der Verbände in einem landesweiten
1002 Verkehrsverbund hin. Zudem fordern wir eine Novellierung des
1003 Landesnahverkehrsplanes und eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit bei der
1004 Angebotsplanung, um den ÖPNV besser an die Bedürfnisse der Nutzer*innen
1005 anzupassen. Die langfristige Finanzierung eines breiten ÖPNV-Angebots muss
1006 gesichert sein.

1007 Das Land sollte die Beschaffung klimaneutraler Fahrzeuge wie Straßenbahnen und
1008 Elektrobusse sowie die dazugehörige Ladeinfrastruktur finanziell unterstützen,
1009 wobei Standardisierung und verknüpfte Vergabeverfahren bevorzugt werden sollen.
1010 Eine konsequente Elektrifizierung der Busflotten und des Dieselnetzes ist
1011 notwendig, um klimaneutral zu werden.

1012 Wir streben an, autonomes Fahren in den regulären ÖPNV-Betrieb zu integrieren
1013 und ein Förderprogramm für die Beschaffung autonomer Fahrzeuge aufzusetzen. Der
1014 gesamte ÖPNV-Bereich muss digitalisiert werden, um Barrieren abzubauen und die
1015 Nutzerfreundlichkeit zu erhöhen, insbesondere im Bereich Ticketing,
1016 Informationssysteme und Steuerung.

1017 Gästekarten für Tourismusregionen, wie das HATIX-Ticket, sollten ausgeweitet und
1018 länderübergreifend nutzbar gemacht werden.

1019 Die Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme im ÖPNV wollen wir deutlich erweitern und
1020 die kostenfreie Mitnahme eines Fahrrads in Zügen des Nahverkehrs mit dem
1021 Deutschlandticket sichern.

1022 Fußverkehr

1023 Gehen ist die ursprünglichste Form der Fortbewegung – leise, klimafreundlich und
1024 gesund. Und doch wird der Fußverkehr in der Verkehrspolitik viel zu oft
1025 übersehen. Dabei beginnt jede Reise – ob zur Schule, zur Arbeit oder zum Bus –
1026 mit einem Schritt vor die eigene Tür.

1027 Wir setzen uns für landesweit sichere Schulwege ein, um die Sicherheit und
1028 Mobilität von Kindern im Bildungsalltag zu gewährleisten. Hierfür haben wir uns
1029 die Einführung eines Schulwegsicherungsprogramms als Ziel gesetzt, welches durch
1030 das Land gefördert wird, um Kommunen aktiv bei der Schulwegplanung zu
1031 unterstützen und zu beraten.

1032 Unsere Städte sollen barrierefreie und fußgänger*innenfreundliche Stadträume
1033 fördern mit ausreichend Sitzgelegenheiten und sicheren Wegen, insbesondere zu
1034 Haltestellen. Wir fordern außerdem, dass landesweit ausreichend breite Gehwege
1035 entstehen. Dabei sollen der Rad- und Fußverkehr nach Möglichkeit getrennt
1036 werden, um Konflikte zu vermindern und die Sicherheit für Fußgänger*innen und
1037 Radfahrende zu steigern. Darüber hinaus setzen wir uns ein für ein

1038 ambitioniertes Landesfußverkehrskonzept, das durch klare Strategien und
1039 Maßnahmen die Infrastruktur für Fußgänger*innen verbessert und nachhaltige
1040 Mobilität unterstützt.

1041 Auto, Carsharing und Elektromobilität

1042 Das Auto prägt nach wie vor den Alltag vieler Menschen – gerade in einem
1043 Flächenland wie Sachsen-Anhalt. Doch Staus, hohe Kraftstoffpreise und ein
1044 enormer Flächenverbrauch durch Straßen und Parkplätze zeigen, dass das System
1045 seine eigenen Grenzen erreicht. Wir setzen auf eine neue Balance – mit sauberer
1046 Elektromobilität, attraktiven Carsharing-Angeboten und einer klugen
1047 Verkehrsplanung, die Alternativen fördert und niemanden stehen lässt.

1048 Als Land wollen wir die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge massiv ausbauen
1049 und fördern, indem wir auch Kommunen sowie Wohnungsbaugenossenschaften und -
1050 unternehmen aktiv dazu ermuntern. Das kommt besonders Menschen ohne Eigenheim
1051 zugute. Ein weiteres Ziel ist es, bis 2030 an jeder Landesliegenschaft
1052 öffentlich zugängliche Ladesäulen zu installieren. Bidirektionales Laden soll
1053 insbesondere in Haushalten, Betrieben und kommunalen Fuhrparks verstärkt
1054 ermöglicht werden.

1055 Der Erhalt von Infrastruktur muss strikte Priorität vor dem Aus- und Neubau
1056 haben. Deshalb wollen wir den Erhalt von Straßen und Brücken konsequent
1057 priorisieren, bevor neue Infrastruktur geplant wird. Um die Finanzierung
1058 dauerhaft zu sichern, setzen wir auf eine faire und verursachergerechte
1059 Beteiligung des Schwerlastverkehrs. Dafür wollen wir die Lkw-Maut in enger
1060 Kooperation mit dem Bund weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf einfache,
1061 einheitliche und bürokratiearme Lösungen statt zusätzlicher paralleler Systeme.
1062 So entlasten wir Kommunen, schaffen Planungssicherheit für die Wirtschaft und
1063 investieren gezielt in den Erhalt unserer Infrastruktur sowie in
1064 klimafreundliche Mobilität.

1065 Um die Parkplatznutzung effizienter zu gestalten, fordern wir eine digitale
1066 Parkraumbewirtschaftung und Flächensparsamkeit, sodass Parkplätze per App
1067 bezahlbar und reservierbar sind und wir den Spielraum für Parkgebühren sowie das
1068 Anwohnerparken erweitern, dabei aber kleine und klimaneutrale Fahrzeuge
1069 bevorzugen.

1070 Um die Nutzung umweltfreundlicher Fahrzeuge zu begünstigen, möchten wir Anreize
1071 für kleine und elektrische Dienstwagen schaffen. Dabei möchten wir
1072 beispielgebend vorgehen, indem das Land, Landesunternehmen und die Hochschulen
1073 ausschließlich elektrische Dienstwagen und Dienstfahrzeuge sowie Nutzfahrzeuge
1074 anschaffen und nutzen.

1075 Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass Carsharing- und/oder Mitfahrangebote
1076 flächendeckend und verlässlich zur Verfügung stehen. Dabei wollen wir einen
1077 besonderen Fokus auf die Förderung solcher Angebote in ländlichen Räumen legen,
1078 um die Mobilität vor Ort zu verbessern und flexiblere Mobilitätsoptionen
1079 bereitzustellen.

1080 Sicher unterwegs

1081 Das Ziel "Vision Zero" soll die Zahl der Unfalltoten im öffentlichen Verkehr auf
1082 Null senken und sichere Verkehrswege schaffen. Für uns muss dieses Ziel oberste

1083 Priorität in der Verkehrsplanung erhalten und es müssen konsequente Maßnahmen
1084 ergriffen werden.

1085 Wir fordern, dass das Land sich klar für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in
1086 innerstädtischen Gebieten einsetzt, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die
1087 Lebensqualität in Wohngebieten zu verbessern.

1088 Ebenso setzen wir uns für eine flächendeckende, regelmäßige Verkehrserziehung in
1089 Kitas und Schulen, auch in höheren Klassen als Vorbereitung auf den
1090 Führerschein, ein sowie für Schulungen zur Unfallverhütung, die sich
1091 insbesondere an Senior*innen richten sollen, um das Bewusstsein für
1092 Verkehrssicherheit in allen Altersgruppen zu stärken.

1093 Ordnung und Sicherheit auf den Straßen setzen wir durch die personelle Stärkung
1094 von Ordnungsamt und Polizei durch, auch um der Vision Zero näherzukommen und
1095 gefährliches Verhalten im Verkehr umfassender zu ahnden.

1096 Zudem wollen wir, dass Schulungen und Weiterbildungen durch die obere
1097 Verkehrsbehörde gezielt auf die Möglichkeiten der StVO-Novelle aufmerksam
1098 machen. Dazu gehört insbesondere die einfachere Anordnung von Zebrastreifen und
1099 weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, mit besonderem Fokus
1100 auf den Schutz von Kindern.

1101 Wir befürworten eine genderfaire Stadt- und Verkehrsplanung, bei der die
1102 Bedürfnisse von Frauen, queeren Personen und Menschen mit Migrationshintergrund
1103 berücksichtigt werden. Unser Ziel ist es, durch Beteiligungsprozesse diesen
1104 Gruppen eine Stimme zu geben und die geschlechterbezogene Forschung zu fördern.
1105 Dazu sollten die Sicherheitsbedürfnisse unterschiedlicher Gruppen stärker in
1106 Planungsprozesse integriert werden. Konkret wollen wir sichere Haltestellen
1107 schaffen und Angsträume beseitigen.

1108 **Barrierefrei mobil**

1109 Egal ob jung, alt, mit oder ohne Behinderung, jeder Mensch sollte sich frei
1110 bewegen können. Die Realität sieht oftmals leider ganz anders aus: Wichtige
1111 Baumaßnahmen zur Barrierefreiheit werden nach hinten verschoben oder bei
1112 Planungen immer noch nicht ausreichend berücksichtigt. Wir kämpfen dafür, dass
1113 vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV gewährleistet wird, damit alle Fahrgäste
1114 selbstbestimmt reisen können, ganz unabhängig von ihren speziellen Bedürfnissen.

1115 Wir möchten eine vollständige Barrierefreiheit an Bahnhöfen etablieren. Dazu
1116 zählt unter anderem die Einführung einheitlicher Bahnsteighöhen, damit
1117 mobilitätseingeschränkte Fahrgäste problemlos zu den Zügen gelangen können. Wir
1118 fordern die Sichtbarmachung und Sensibilisierung für Barrieren im öffentlichen
1119 Raum, um die Zugänglichkeit für alle zu verbessern.

1120 Des Weiteren setzen wir uns für die Förderung und Standardisierung sicherer und
1121 barrierefreier Haltestellen ein, die mit sichtbaren und verständlichen
1122 Beschilderungen, Aushängen und Anzeigen ausgestattet sind. Eine bessere
1123 Einbeziehung und Abstimmung zwischen Kommunen, Verkehrsbetrieben und
1124 Behindertenvertretungen bei Verkehrs- und Stadtplanungen ist entscheidend, um
1125 bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln, die die Mobilität von Menschen mit
1126 Behinderungen erleichtern.

1127 Wir fordern niedrigschwellige Angebote für Rollstühle, Rollatoren und
1128 Kinderwagen im Nahverkehr, um eine reibungslose Nutzung für alle zu ermöglichen.
1129 Zudem setzen wir uns mit Nachdruck für mehr barrierefreie, rollstuhlgerechte
1130 Toiletten in allen Zügen und an allen Umsteigebahnhöfen ein.

1131 Güterverkehr auf die Schiene bringen

1132 Ein klimafreundlicher und effizienter Güterverkehr ist zentral für eine
1133 nachhaltige Wirtschaft und starke Regionen. Doch noch immer rollt der Großteil
1134 der Waren über überlastete Straßen statt über Schienen und Wasserwege. Wir
1135 wollen die Verkehrsverlagerung konsequent vorantreiben: durch den Ausbau des
1136 Schienengüterverkehrs, moderne Logistikzentren und klare politische
1137 Rahmenbedingungen für eine umweltgerechte Transportwende.

1138 Wir setzen uns entschlossen dafür ein, mehr Güter auf die Schiene zu verlagern,
1139 indem wir mehr Gleisanschlüsse und kombinierte Terminals bauen wollen. Dazu
1140 fördern wir die Reaktivierung und den Neubau von Terminals des kombinierten
1141 Verkehrs als Ergänzung zu bestehenden Bundesförderungen, um einen effizienten
1142 und umweltfreundlichen Gütertransport zu ermöglichen. Auf Bundesebene fordern
1143 wir den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung von Haupt- und
1144 Nebenstrecken des Güterverkehrs, um die Kapazität und Effizienz des
1145 Schienenverkehrs zu erhöhen.

1146 Die Binnenschifffahrt entlang des Mittellandkanals wollen wir ausbauen, indem
1147 Häfen am Mittellandkanal weiterentwickelt werden, um die intermodale Vernetzung
1148 zu verbessern.

1149 Bei der Entwicklung neuer Logistikflächen legen wir Wert auf Zukunftsfähigkeit,
1150 indem diese nur noch direkt an Autobahnen, mit direktem Gleisanschluss und E-
1151 Ladesäulenkonzept entwickelt werden, um die Integration in bestehende
1152 Verkehrssysteme zu optimieren. In urbanen Räumen wollen wir nachhaltige
1153 Alternativen fördern, indem Kommunen mehr Radlogistik und Lastenräder
1154 beauftragen und in kommunalen Fuhrparks einsetzen. Das entsprechende
1155 Förderprogramm für Handwerk, Gewerbe, Vereine und Logistik wollen wir
1156 weiterführen und die Fördersumme auf 1 Million Euro aufstocken. Damit wollen wir
1157 die Nutzung umweltfreundlicher Transportlösungen unterstützen.

1158 **1.9 Ressourcen wertschätzen, Kreislaufwirtschaft** 1159 **ausbauen**

1160 Abfälle verursachen bei unsachgemäßer Entsorgung erhebliche Schäden: Sie
1161 verunreinigen Gewässer, belasten Böden und Ökosysteme und gefährden Tiere.
1162 Zugleich entstehen hohe Kosten für Reinigung und Entsorgung. Deshalb müssen
1163 Abfälle stärker als wertvolle Rohstoffe verstanden und möglichst lange im
1164 Wirtschaftskreislauf gehalten werden. Das reduziert den Bedarf an
1165 Primärrohstoffen und schont Umwelt und Klima. Abfallvermeidung und die Förderung
1166 der regionalen Kreislaufwirtschaft haben dabei große Priorität.

1167 Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir ein Zero-Waste-Leitbild für Sachsen-
1168 Anhalt, das gemeinsam mit Industrie, Kommunen, Entsorgungsverbänden und
1169 Umweltschutzorganisationen entwickelt werden soll. Doch um die
1170 Kreislaufwirtschaft langfristig zu fördern und verbindliche Regeln zu schaffen,
1171 benötigt es eine Änderung des Abfallgesetzes. Wir setzen uns dafür ein, dass

1172 recyclingfähige Stoffe leichter aus der Abfallwirtschaft entnommen und deren
1173 Rohstoffe wiederverwendet werden können.

1174 Reparieren und Wiederverwenden statt Wegwerfen

1175 Die Abfallproblematik, insbesondere durch Verpackungen, ist eines der zentralen
1176 ökologischen Probleme unserer Zeit. Hoher Ressourcenverbrauch, steigende
1177 Müllmengen und zunehmende Umweltverschmutzung führen zu Belastungen für unsere
1178 Ökosysteme und das Klima.

1179 Die Förderung langlebiger und reparaturfreundlicher Produkte liegt uns deshalb
1180 besonders am Herzen. Deshalb streben wir einen Reparaturbonus nach dem Thüringer
1181 Modell an, der Menschen finanziell dabei unterstützt, defekte Geräte reparieren
1182 zu lassen, statt sie wegzuworfen. Zudem engagieren wir uns für eine stärkere
1183 Einrichtung und Unterhaltung von Reparaturwerkstätten und Repair-Cafés, Second-
1184 Hand-Shops und anderen Initiativen zur Müllvermeidung und Mehrfachnutzung. Die
1185 Zulassung kommunaler Verpackungssteuern für Einwegverpackungen und Einwegbesteck
1186 im Außer-Haus-Verkauf soll Anreize schaffen, auf wiederverwendbare oder
1187 umweltfreundliche Alternativen umzusteigen und so Abfall zu reduzieren.
1188 Bildungs- und Informationskampagnen zu Abfallvermeidung, Kreislaufwirtschaft und
1189 Recycling können darüber hinaus das Bewusstsein in der Bevölkerung für die
1190 Vorteile der Mülltrennung und des Recyclings vergrößern.

1191 Schluss mit Deponien und Exporten

1192 Wir fordern den Verzicht auf neue Deponien für belastete mineralische Abfälle
1193 wie Bau- und Abbruchmaterialien. Der Im- und Export von Abfällen ist aufgrund
1194 langer Transportwege und der damit verbundenen CO₂-Emissionen nicht länger
1195 tragbar. Wir fordern den Stopp überregionaler Mülltransporte und setzen auf den
1196 Ausbau regionaler Verwertungsmethoden. Wir setzen uns für die Suche nach neuen
1197 Nutzungsmöglichkeiten für Abfälle ein, etwa die Verwendung von Bauschutt als
1198 Wärmespeicher. So sollen Deponiemengen langfristig verringert werden.

1199 Um den wichtigen Rohstoff Phosphor aus Abfällen zurückzugewinnen und die
1200 Abhängigkeit vom Import aus begrenzten natürlichen Phosphatvorkommen zu
1201 verringern, werden wir Verfahren zur Phosphorrückgewinnung unterstützen.